

ARGUMENTATIONSHILFE

Öffentliche Infrastruktur

DIE LINKE.

THEMA

ÖFFENTLICHE INFRASTRUKTUR

Brücken werden gesperrt, Schulen sind marode, das öffentliche Gesundheitssystem ist unterfinanziert – das hat sich unter der Pandemie nochmal deutlich gezeigt.

Aktuell ist die volkswirtschaftlich schädliche Schuldenbremse angesichts der Corona-Pandemie ausgesetzt, doch 2023 beginnt der Tilgungsplan für »Corona-Schulden« des Bundes und endet 2042. Ob dann eine Kürzungssorgie blüht oder ob es die dringend notwendige Investitionsoffensive – auch mit Blick auf die sozialökologische Transformation – gibt, hängt von den politischen Mehrheiten und dem gesellschaftlichen Druck ab. In der Parallelgesellschaft der Reichen ist egal, wenn zu wenig investiert wird: Auf eine gute öffentliche Infrastruktur ist man hier nicht angewiesen. Es trifft vor allem Menschen mit geringem Einkommen.

Wir wollen Investitionen so gestalten, dass die verwendeten Steuergelder allen zugutekommen. Schluss mit Privatisierungen und öffentlich-private »Partnerschaften«, die sich nach dem Profit weniger richten.

Durch unser Investitionsprogramm für die Zukunft in Höhe von jährlich 120 Mrd. beenden wir den Pflegenotstand, sanieren Kitas, Schulen und Unis und stellen neue Erzieher*innen und Lehrer*innen ein, schaffen Zugang zu schnellem Internet überall, legen einen Neustart im sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau hin und finanzieren eine echte Energiewende.

Was sagen die anderen?

Wenn die **Union** in ihrem Wahlprogramm von Investitionen spricht, sind bis auf die Ausnahmen »Schienen, Straßen und Wasserstraßen« private Investitionen gemeint. Nur bei »Schienen, Straßen und Wasserstraßen«. Bei der **SPD** ist die Notwendigkeit von Zukunftsinvestitionen und dem klimaneutralen Umbau industrieller Wertschöpfungsketten angekommen. **Die Grünen** wollen die Schuldenbremse so gestalten, dass die dringenden Investitionen möglich sind. **Grüne** und **SPD** begrenzen die Investitionen auf 50 Mrd. Euro pro Jahr. Die **FDP** will vorrangig private Investitionen.

LINKE Gegenargumente

Allein auf kommunaler Ebene gibt es einen Investitionsrückstand von 147 Mrd. Euro – so das Ergebnis des KfW Kommunalpanel 2021. Es braucht in den nächsten Jahren 120 Milliarden Euro Investitionen jährlich für die öffentliche Daseinsvorsorge und Infrastruktur, dahinter bleiben Grüne wie SPD deutlich zurück. Mit öffentlich-privaten Partnerschaften muss Schluss sein. Auch die Schuldenbremse muss weg.

Und FDP: Sozialstaatliche Ausgaben müssen sich nach dem Bedarf richten. Ausspielen von sozial Bedürftigen und öffentlichen Investitionen ist ekelig.